Nummer 220

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 15. Mai 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung | Unverl. eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Kurse usw. i. V. A. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: S. Klöppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewski, Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 1500 Mk., Reklamezeile 6000 Mk., Stellungsuchende 500 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat Mai 9000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen werden be. sämtlichen Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig: Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 franz. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, ferner für Oesterreich-Ungarn 45000 Mark und Polen 48000 Mark

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Reichsregierung und Antwortnoten

Im Laufe des gestrigen Nachmittags haben innerhalb der Regierung lediglich Besprechungen vorbereitender Natur über die durch die Noten Englands und Italiens geschaffene Lage stattgefunden, eine offizielle Sitzung des Kabinetts hat sich dagegen noch nicht mit der neuen Situation beschäftigt. Es ist auch, wie schon betont wurde, bei der Schwierigkeit der Materie damit zu rechnen, daß sich die Beratungen längere Zeit hinziehen werden.

Stresemann über Wirtschaft und Politik.

In einem großangelegten Aufsatz in der „Zeit" beschäftigt sich der Abg. Dr. Stresemann mit der politischen Lage Deutschlands. Er sucht das Problem der Befreiung aus der gegenwärtigen Krise, in die wir durch die französische Politik immer tiefer hineingetrieben werden, durch die Untersuchung der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft zu ergründen und er gibt den Ergebnissen dieser Untersuchung die Nutzanwendung auf die gegenwärtigen deutsch-französischen Beziehungen. Er charakterisiert die Intentionen des herrschenden Frankreich in bezug auf Deutschland als politischer Natur und verficht die These, daß man den Versuch machen müsse, die politischen Absichten durch wirtschaftliche Konzessionen zu paralysieren. Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Garantien, die nach seinen Deduktionen das Fundament für die Erhaltung der politischen Freiheit Deutschlands sein müssen, begründet er folgendermaßen:

„Wir stehen vor der Frage, was wir höher schätzen, politische Freiheit oder Entgegenkommen hinsichtlich der materiellen Leistungen. Wenn wir große Konzessionen in bezug auf die Freiheit des Rheinlandes machen, können wir uns sicherlich viele Goldmilliarden ersparen. Aber gerade jene deutschnationalen Kreise, die sich mit einer so heftigen Agitation gegen Leute wenden, die davon sprechen, daß die Besetzung der deutschen Sachwerte in Kauf genommen werden müsse, wenn wir dafür unsere Souveränität wiedererkämpfen und durch wirtschaftliche Leistungen die Grundlage schaffen für einen baldigen Abzug der Franzosen aus Ruhr und Rhein, werden doch, wenn anders das Wort deutschnational einen Sinn haben soll, auch ihrerseits die Freiheit von Volk und Vaterland höher schätzen als materielle Leistungen. Ein Volk kann arm sein und trotzdem Ehre und Achtung in der Welt genießen und zur Großmacht wieder emporsteigen. Ein Volk, dem die Freiheit nicht wirtschaftliche Leistungen wert ist, mag sich vielleicht wieder Wohlstand erwerben, hat aber die sittliche Grundlage zu seinem Wiederaufstieg vernichtet."

Wenn etwa ein deutsch-französischer Ausgleich auf einer wirtschaftspolitischen Grundlage in den Bereich der praktischen Möglichkeiten gerückt würde, so müßte man, wie Dr. Stresemann ausführt, immer der Tatsache Rechnung tragen, „daß auch für Frankreich die Politik im Vordergrunde seines Denkens steht. Deshalb müssen wir", so sagt Dr. Stresemann, „auch der Frage der Sicherheiten für Frankreich ruhig und leidenschaftslos gegenüberstehen. Nicht durch Aufgeben deutscher Souveränität, nicht durch Auslieferung deutscher Bahnen, wohl aber durch internationale Abmachungen großzügigster Art, durch Garantien aller beteiligten Staaten kann der Friede am Rhein gegensetzig gesichert werden. Deutschland hat keine Veranlassung, sich mit dem Gedanken eines Angriffskrieges auch nur theoretisch zu beschäftigen — praktisch ist jede derartige Idee sowieso ausgeschlossen. Was Deutschland braucht, ist eine lange Zeitspanne ruhiger Jahre, um endlich in den Genuß des Friedens zu kommen, den es bisher vergeblich gesucht hat. . . Keine Regierung würde einer solchen gegenseitigen Sicherheitsleistung widerstehen können. Frankreich hätte, wenn es wollte, dadurch auch bei den anderen Nationen den Schutz vor einem deutschen Angriff, den es mit der Beschlagnahme der wirtschaftlichen Souveränität des Rheinlandes zu erreichen sucht.

Möge auch Frankreich die politischen Zeichen der Zeit beachten! Ein Zeitalter großer friedlicher Entwicklung würde für Deutschland bedeuten, wenn es endlich einmal Beweise dafür erhielte, daß man ihm sein wirtschaftliches Emporkommen gönnt und ihm Zeit dafür läßt, um sich überhaupt für die ihm auferlegten internationalen Zinslasten und Reparationsleistungen wirtschaftlich zu rüsten. Ein Deutschland, das man zerstückelt, dem man das Rheinland nimmt, wird sich mit jedem zusammenfinden, der ihm die Aussicht gibt, sich das Rheinland wiederzuholen. Dieses zerstückelte Deutschland wäre eine weit größere Gefahr für Frankreich als ein Deutschland, das politisch bis hinter die Elbe zurückgeworfen würde. Frankreich kann gute Nachbarschaft zu Deutschland haben, unter Ausnützung deutscher Wirtschaftskraft zur Leistung deutscher Kriegsentschädigung, industrieller Zusammenarbeit und zollpolitischer Annäherung. Will es diese Lösung nicht, glaubt es der Welt trotzen zu können, indem es Rhein und Ruhr in seiner Hand behalten will, dann wird es um eines gegenwärtigen Vorteils willen die Ruhe seiner Zukunft und die Sicherheit seiner ganzen Existenz aufs Spiel setzen."

Die Nachricht, daß die Franzosen in Offenburg den König von Schweden bei der Durchreise angehalten haben sollen, ist, wie wir hören, unzutreffend.

Gegen die Versklavung des Saargebiets.

England fordert eine internationale Untersuchung?

Saarbrücken, 14. Mai.

In der heutigen Sitzung des Landesrates gaben sämtliche Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der gegen die sogenannte Notverordnung der Regierungskommission und gegen die am 2. Mai erlassene Einschränkung des Streikpostenstehens in der entschiedensten Weise protestiert wird. In der Erklärung wird die Regierungskommission vor der Welt angeklagt, daß sie ihre vornehmste, durch den Versailler Vertrag gestellte Aufgabe, für die Wohlfahrt der Saarbevölkerungen zu sorgen, wiederum in einer unerhörten Weise verletzt habe. Sie mache die Bevölkerung zum Gegenstand ihrer einseitigen politischen Bestrebungen und das Saargebiet, das einzige der Ohhut des Völkerbundes anvertraute Land, zu einem Sklavenstaat. Als Protest gegen die Verordnungen der Regierungskommission lehnt es der Landesrat ab, heute eine Sitzung abzuhalten.

*

eca Paris, 14. Mai.

Der Berichterstatter des „Journal des Débats" teilt mit, daß gewisse Anzeichen in Genf darauf hinweisen, daß die englische Regierung die Absicht habe, beim Völkerbundsrat zu intervenieren, um eine internationale Untersuchung im Saargebiet herbeizuführen, unter Zugrundelegung folgender Tatsachen: Man erinnert sich daran, daß im Verlauf des März der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets Rault eine Verordnung erlassen hat, die nach dem Vorbild des Gesetzes zum Schutze der Republik abgefaßt ist und jede öffentliche schriftliche oder mündliche Manifestation verbietet, die darauf ausgeht, die Autorität oder die Befugnisse der Regierungskommission zu kritisieren oder zu verringern. (Dieser von dem Korrespondenten des „Journal des Débats" gegebene Tatbestand entspricht nicht vollkommen den Tatsachen. Tatsächlich ist der Erlaß der Saarregierung weit umfangreicher, verbietet z. B. jeden Angriff gegen den Versailler Vertrag, jeden Angriff gegen irgend eine Macht die diesen Vertrag unterzeichnet hat usw.) Am 27. April hat der Völkerbundsrat nach Anhörung der Erläuterung des Herrn Rault diese Maßnahme gebilligt. Trotz dieser Billigung scheint man in Genf zu glauben, daß die englische Regierung im Begriff stehe eine internationale Untersuchung, unter der Führung des Völkerbundes zu verlangen, unter Berufung darauf, daß seit dem 27. April die in Frage befindliche Verordnung durch viel strengere Maßnahmen noch verschärft worden ist und daß es die höchste Zeit sei, daß der Völkerbund sich rühre.

Ende des Saar-Bergarbeiterstreiks.

Saarbrücken, 14. Mai.

Die in den letzten Tagen zwischen der französischen Bergwerksdirektion und den Vertretern der streikenden Bergarbeiter geführten Verhandlungen haben zu folgendem Ergebnis geführt: Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. Die Löhne sind in der obersten Stufe um 5 Francs pro Schicht, in der untersten Stufe um 3½ Francs pro Schicht erhöht worden. Die Vertreter der Organisationen empfehlen den Belegschaften, von morgen, Dienstag, ab die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat soeben in einer zahlreich besuchten Revierkonferenz die Wiederaufnahme der Arbeit von morgen ab beschlossen. Die Entscheidung des sozialdemokratischen alten Bergarbeiterverbandes steht noch aus, doch ist auch hier mit der Annahme der Abmachungen zu rechnen.

Saarbrücken, 14. Mai.

Auch der Alte (Sozialdemokratische) Bergarbeiterverband hat heute in einer Revierkonferenz beschlossen, die Arbeit nach den mit der Bergverwaltung getroffenen Vereinbarungen am 16. Mai wieder aufzunehmen. Damit hat der Streik der Saarbergleute nach einer Dauer von genau hundert Tagen sein Ende genommen.

Paris und die Regierung Cuno.

EP Paris, 14. Mai.

Die Abendblätter beschäftigen sich eingehender als die Morgenblätter mit der Wirkung, die die englische und italienische Note möglicherweise in Deutschland erzielen können. Dann wird die heute morgen nur von einer Zeitung ausgedrückte Vermutung, wonach die beiden Noten einen Regierungswechsel in Deutschland zur Folge haben können, heute abend sowohl vom „Temps" wie vom „Intransigeant" ausgesprochen. Die beiden Zeitungen stützen sich auf eine Erklärung des Reichskanzlers Cuno, wonach die Vorschläge vom 2. Mai ein Maximum darstellten. Die Folge davon würde sein, daß Cuno sein Amt niederlegen müsse. Dabei fragt sich der „Temps", ob die Deutschen einverstanden seien, eine Regierung zu bilden, die bereit wäre, ein größeres Angebot zu machen. Es frage sich auch, ob die Großindustrie zu einen höheren Angebot die nötigen Garantien geben werde, oder was noch besser sei, ob die neue Regierung die Autorität hätte, der Großindustrie den Staatswillen aufzudrängen.

„Liberté" und „Journal des Débats" drücken die Ansicht aus, daß Reichskanzler Cuno weder der englischen noch der italienischen Note große Beachtung schenken werde. Er werde vor allem den Anstand bemerken, daß die beiden Noten Ratschläge enthalten, ohne mit Sanktionen zu drohen. Mit Reden aber bringe man Deutschland nicht zum Kapitulieren, erklärt „Journal des Débats". Nicht mit Moralpredigten habe man in Deutschland Erfolg, meint „Liberté", sondern mit Sanktionen, was übrigens auch anderswo der Fall sei.

Optimismus in Italien.

Rom, 14. Mai.

Zur englischen und zur italienischen Antwort an Deutschland schreibt „Idea Nazionale", daß die Gleichartigkeit der beiden Noten auf eine italienisch-englische Annäherung schließen lasse auf der Basis der Denkschrift Mussolinis, nämlich der Zahlung einer Summe in gerechter Höhe und der Leistung von Pfändern und wirtschaftlichen Garantien durch Deutschland, worauf die Franzosen nach Abschluß der entsprechenden Verhandlungen das Ruhrgebiet räumen müßten. Hoffentlich würde England nicht wieder von diesem Programm zurücktreten.

„Epoca" meint, Italien und England hätten die Ruhrfrage nicht berührt, um dadurch zu zeigen, daß die Reparationsfrage rein wirtschaftlicher Natur sei. Die übrige Presse betont, daß eine Einigung auf der Basis der Denkschrift Mussolinis erfolgt sei und erwartet von Deutschland neue entsprechende Vorschläge.

Die Rheinlandkommission hat die „Bergarbeiterzeitung" vom 10. Mai bis 9. August für die französische und belgische Zone des alliierten Gebiets verboten.

Eine Berichtigung zur italienischen Note.

Berlin, 14. Mai.

Die bereits in der Anmerkung zum 4. Absatz der Note der Italienischen Regierung als wahrscheinlich angenommene Verstümmelung ist durch die italienische Telegraphenverwaltung berichtigt worden. Danach muß die Uebersetzung des 2. Satzes des 4. Absatzes der italienischen Note lauten:

„Ferner darf nicht vergessen werden, daß der Italien zugewiesene prozentuale Anteil an den deutschen Reparationsleistungen auch im Hinblick auf den ihm vorbehaltenen größeren Anteil an den Reparationsleistungen der kleineren Staaten festgesetzt ist, in Anbetracht der Generosität und Mäßigung sowie aus Rücksicht auf deren äußerste Notlage erhebliche Konzessionen bewilligt hat, ohne sich bisher auf das Recht der in den Verträgen festgelegten Mithaftung Deutschlands zu berufen oder auf dieses Recht zurückzugreifen."

Verständigungsaussichten in Lausanne.

EP Lausanne, 14. Mai.

Infolge der privaten Unterhandlungen zwischen General Pellé und Ismet Pascha hat sich die Lage merklich gebessert. Von türkischer Seite erfährt man, daß große Aussicht vorhanden ist, daß sich über die Konferenz eine endgültige Verständigung erreichen läßt. Die Ankunft des griechischen Ministers Alexandri und Athos Romanos wirft aber einen Schatten auf das Bild. Die Griechen kommen nach Lausanne, um hier die Frage der Wiedergutmachungen aufzuwerfen. Der Vorschlag geht dahin, daß sowohl Griechenland als auch die Türkei auf jede Forderung verzichten. Die Türkei besteht dagegen auf der Wiedergutmachung der durch die griechische Armee in Kleinasien angerichteten Schäden durch Griechenland.

EP London, 14. Mai.

Der Lausanner Korrespondent der „Daily Mail" glaubt auf Grund genauer Informationen versichern zu können, daß die Lausanner Konferenz Ende Mai ihre Arbeiten beendet haben wird, da bis dahin die noch zu erledigenden Fragen eine befriedigende Lösung gefunden haben werden.

Die ungarische Frage vor der Repko.

eca Paris, 14. Mai.

Die Reparationskommission tritt morgen Nachmittag zusammen, um die ungarische Frage, insbesondere das Gesuch des Grafen Bethlen um Aufhebung der Generalhypothek auf die ungarischen Staatsgüter sowie die Genehmigung verschiedener Anleihen für Ungarn zu prüfen. Man glaubt, daß bei dieser Gelegenheit die Entscheidung über die ungarischen Vorschläge fallen wird. Die Reparationskommission wird sich auch noch mit anderen Fragen beschäftigen.

Kritik des Parlamentarismus.

Von

Dr. Richard Bahr.

Die sozialdemokratischen Schriftgelehrten bemühen sich, seit den Skandalszenen im preußischen Landtag mit regem Eifer darzutun, daß, als Herr Leinert gegen das kommunistische Rüpeltum die Schutzpolizei herbeirief, die Partei sich, ihren Grundsätzen wie ihrer Praxis, treu geblieben sei. Diese Nachweise sind, wo sie nicht einfach die Spruchweisheit des Junkers Alexander variieren, im einzelnen nicht ohne eine gewisse Spitzfindigkeit. Aber sie mögen wohl aus Erwägungen der Taktik nicht zu entbehren sein. In den Massen, die man durch zwei Menschenalter allzu einseitig darauf dressiert hat, lebt die Lehre von der Arbeiterschaft als unterdrückter Minderheit noch ziemlich ungebrochen fort. Man fühlt sich da, obschon man längst einen Fuß, mitunter auch alle beide, im Steigbügel hat, immer noch als geborene Opposition und es wird dem fusionistisch verbildeten Gemütern nicht ganz leicht beizubringen sein, daß die Dinge, wenn man selber oben steht und einen Teil der Staatsverantwortung mitzutragen hat, anders aussehen als von unten.

Für die unbefangene, sagen wir ruhig: die bürgerliche, Betrachtung sollten derlei Skrupel von Rechtsmangel nicht vorhanden sein. Die sog. doch schließlich mit der Muttermilch die Erkenntnis ein, daß jede Freiheit ihre natürliche Begrenzung in der Freiheit der anderen findet. Wesen sie nicht gar, über die überkommenen Lehrmeinungen fortschreitend, zu der sehr nüchternen, doch nützlichen Einsicht vordrang, daß der Kommunismus mit den ethischen Empfindungsreihen, auf die wir Eingelebtesein wie Zusammenleben zu gründen pflegen, mit den Begriffen von Freiheit, Recht, Sitte, benutzt und mit Absicht ein schndes Spiel treibt. In Wahrheit dienen alle diese Postulate ihm nur dazu, gedankenlose Gutmütigkeit zum Narren zu halten. Wo immer ihm die Macht zufiel, hat er lachenden Mundes sich über sie hinweggesetzt. Rotrecht ist nicht nur Recht, ist unter Umständen auch Pflicht. Die Sozialdemokratie, vielfach noch in den ausgetretenen Pantoffeln der liberalen Utopie einherwandelnd, hat das bislang zu leugnen beliebt. Es besteht kein Grund, sie besonders zu schelten, weil sie, durch die Tatsachen ad absurdum gestührt, nun von der grauen Theorie einmal sich abwandte.

Wie denn überhaupt die Prügelkuren in der preußischen Landsstube kaum ausreichen dürften, den Parlamentarismus als solchen zu kompromittieren. Wäre es so unbenkbar, daß es den kommunistischen Stoßtrupps gelegentlich beistele, ihre müste Verwahrlosung auch in eine kirchliche Handlung hineinzutragen? Wäre damit in irgend einem Belang ein Urteil über die Kirche, auch nur über unsere derzeitigen religiösen Zustände, gesprochen? Nun steckt es mit dem Parlamentarismus freilich ein wenig anders. Der befindet sich im Niedergang, seine Sitten verwildern, sein geistiges und gesellschaftliches Niveau senkte sich tief und schmerzlich herab. Indes teilt er darin doch nur unser aller Schicksal, das der Institutionen wie der Menschen. Krieg, Zusammenbruch und Revolution sind leider nicht spurlos an uns vorübergegangen. Unsere ganze Zivilisation ward schwer erschüttert, und es gibt sehr ernstzunehmende und nachdenkliche Zeitgenossen, die die quälende Sorge nicht los werden, daß sie von solchem Stoß nie wieder sich erholen möchte. Es müsse schon mit dem Wunder zugehen, wenn in der allgemeinen Umwertung aller Werte, in diesem tragischen sozialen Umschichtungsprozeß gerade die Parlamente hätten unberührt bleiben sollen, Eilande höherer Gesittung, inmitten von Wirrwarr, Sturm und Drang eine selige Heimat froher Adelsmenschen. Aber darf man deshalb schon den Parlamentarismus für überlebt halten? oder anders ausgedrückt und auf den besonderen deutschen Fall angewandt: haben wir Anlaß, als wichtigste und dringendste Aufgabe des Tages, seine Abschaffung zu betreiben?

Man kann mit derlei Forderungen heute in Deutschland sich billigen Ruhm erwerben. Zumal in der Schicht der Intellektuellen, die von der Umwälzung in Staat und Wirtschaft am empfindlichsten betroffen wurde, lebt ein starker, bisweilen schon rein ästhetischer Widerwille gegen das ganze Parlamentsgetriebe mit seiner in immer neuen Krisen sich entladenden Nervosität, der parteimäßig gebundenen und parteiischen Aemterpatronage und der, wie manche glauben, habituellen Neigung zu unsachlichen Entscheidungen. Die Stimmung ist zu begreifen, die Kritik, bei so offenkundigen und im Ernst gar nicht zu leugnenden Mißständen, leicht. Die Frage ist nur: was kommt danach? Wilhelm Hasbach hat in zwei fleißigen und scharfsinnigen Büchern*), von der grauen Theorie einmal

*) „Die moderne Demokratie", Gustav Fischer, Jena. „Die parlamentarische Skabinettsregierung", Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin.

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. GRUNDSTÜCKE

Der Dollar
im gestrigen Abendverkehr
45500
Schlußkurs der Mark in New-York
0,0022½
Hiesige Parität 44350.